Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 3

Artikel: Christentum und Politik
Autor: Hurdes, Felix
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159650

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRISTENTUM UND POLITIK

VON BUNDESMINISTER FELIX HURDES (WIEN)

Um uns herum steigt ein Meer von Unglück, größer als Worte sagen können. In solcher Lage gilt kein Besserwissen, nur ein Bessermachen. Ja, es sollte vor so viel Not nicht Parteien noch Völker geben, nur Christen im gemeinsamen Kampf um den Menschen. Wenn wir da trotzdem eine Stunde der Besinnung widmen, dann ist es die Zeit, die uns auffordert, nach den äußersten Grundlagen unseres Handelns, den letzten Leitsternen unseres Glaubens zu dringen. So stellt sich uns eine physische und zugleich metaphysische Frage:

Christentum und Politik! Ist das jedoch fürs Erste nicht ein Gegensatz? Das Christentum sucht das Heil aller Menschen, die Politik führt den Kampf der Parteien, der Interessen. Das Christentum beruht im Glauben und in den guten Werken, die Politik setzt sich zeitliche Ziele, sie löst gesellschaftliche Fragen, sie schmiedet Programme, die immer auch Mittel zum Zweck sind. Das Christentum ist schlechtweg Menschheitsreligion — kann es sich politischen Fraktionen verbinden? Es sind nicht wenige und nicht ungewichtige Stimmen, die da behaupten: Religion hat nichts mit Politik zu schaffen, man gebe Gott, was Gottes und den Parteien, was der Parteien ist!

Was dem und ähnlichem entgegensteht, sind vorerst Tatsachen. Seit langem zeigt uns die Geschichte Überschneidungen von Religion und Politik, die sich unserer Willkür entziehen. Diese Begegnungen sind wohl nicht allein, doch sicherlich *auch* von der Politik ausgegangen: seit dem so furchtbaren Satz «Wessen das Land, dessen die Religion (cuius regio eius religio)»; seit dem Napoleon-Wort «Die Politik ist das Schicksal»; seit der Inthronisierung leiblicher Dinge durch *Ludwig Feuerbach* und den Materialismus, seit der Erhebung der Wirtschaft zur Weltanschauung bei *Karl Marx* (wie umgekehrt auch bei den totalitären Kapitalisten). Derselbe *Marx* erklärt die Religion bekanntlich als «Opium für das Volk». Jüngere sozialistische Gewährsmänner haben das Urteil dann gemildert: «Religion ist Privatsache». Ihrerseits aber gehen sie aufs Ganze. Der marxistische Staat will alles, noch mehr als der Hegel'sche (mit dem er herkunftsmäßig zu-

sammenhängt) und oft ebensoviel wie der Hitler'sche (der ja von allem Anfang hier mit dem Marxismus wetteifert: siehe «Mein Kampf»). Nicht nur die Macht, die Gesellschaftsordnung und Wirtschaft, auch die Erziehung, das Nachrichtenwesen, das Geistesleben, das ganze Dasein soll der Politik unterstehen. Wo ist da noch ein privates Verlies, das einen Zufluchtsort, eine Reservation des Christentums bieten könnte? Alle großen Parteien entwerfen Gesamtordnungen der Kultur, globale Legislativen und Exekutiven. Ein Parteiprogramm gilt als unvollständig, als unzulänglich, solange es nicht sämtliche Anliegen des Körpers und der Seele in ein System schließt. Es gibt sicherlich hundert Abschattungen zwischen christlichem und atheistischem Sozialismus, religiösem und materialistischem Kommunismus — der Letztanspruch des politischen Sozialismus geht allemal auf einen Glauben, manchmal vielleicht auf ein säkularisiertes Christentum, am häufigsten wohl auf einen Religionsersatz. Wie ein Wiener Kinderreim von vorgestern bestätigte: «Ich bin kein Jud, ich bin kein Christ, ich bin ein kleiner Sozialist».

Auch *Hitlers* Politik kam zwangsläufig in Konflikt mit dem Christentum, ebenso der vorsichtigere italienische Diktator. Und mancher faschistische Parteigänger wollte es halten wie etwa *Charles Maurras* von der «Action française», der, selber eingeständlich irreligiös, auch die Kirche zur treibenden Macht des Nationalismus und Legitimismus gewinnen wollte. Eine nationalsozialistische Weltanschauung, die als solche Ernst machte, konnte zwar den Kirchen schließlich (oder vorderhand) ein bescheidenes Ausgedinge überlassen; für eine religiöse Weltanschauung aber, einen totalen Christenglauben ließ sie keinen Raum. Und die wenigen Gläubigen, die hier den grundsätzlichen Verlautbarungen der Politiker vertraut hatten, sahen sich bald in wachsende Gewissenszwiste gestürzt. Was den äußersten Geltungsanspruch der totalitären Staaten bedeutet hatte, das war seit langem ihre innerste Schwäche. Sie scheiterten an Aufgaben, die nur ein religiöser Glaube bezwingen konnte: Gemeinschaft, Hingabe, Selbstbestimmung der Völker und friedlicher Wettbewerb. Mehr und mehr nahm die Pseudoreligion der Herrschenden das Gebaren Neronischer Religionsverfolgungen an — auch die Judenverfolgungen hatten diesen Stich.

Zweifellos ist das Christentum kein Parteimonopol und darf es nicht sein. Wie sämtliche Parteien etwas von der politischen Technik des Sozialismus angenommen haben, so lebt in allen Sozialismen etwas von der mehr als politischen Ethik des Christentums. Ja, es gibt nicht wenige, die aus Christen Sozialisten geworden sind — sie erwecken unsere beste Hoffnung auf künftige Zusammenarbeit der Parteien, Wettstreit unserer Parteien um überparteiliche Ziele des Menschentums, der Kultur, des schaffenden Geistes, der über die Erde hinausreicht. Es gilt, den Glauben zu verteidigen gegen mechanische Ver-

massung und animalische Entmenschung jeder Art. Gottes Reich ist nicht von dieser Welt: das besagt nicht, daß wir ohne das Diesseits für das Jenseits leben können. Der Geist, der nicht ohne den Körper besteht, muß sich der Haut und damit seines Selbst wehren. Wir haften auch für das, was wir durch andere geschehen lassen.

Wohin also sollte der Glaube ausweichen? Keine Rede freilich davon, daß die Religion je in die Politik hineinfallen, daß uns Dogmen zu politischen Programmen werden könnten, noch weniger freilich davon, daß Parteiprogramme zu Dogmen werden dürften. Kirche und Staat sind zweierlei und lassen sich nicht auf einfache Über- und Unterordnungen bringen. Die Wechselbeziehungen aber sind unausweichlich gegeben: die politische Allregelung des gemeinschaftlich-geschichtlichen Lebens, die religiöse Allordnung des menschlichen Seins: die eine bedarf der anderen. Wo es dem Menschen um Sein oder Nichtsein geht, da steht sein Glaube in Front. Und diesem Glauben tun die politischen Einsätze, die ethisch-faktischen Bewährungen not. Unser christlicher Glaube ist universelle Aktivität, er muß sich menschlich erproben in Tat und Werk. Dieses aber kann in unserer großen und kleinen Geschichte nicht ohne breitere Fronten, ohne politische Voraussetzungen geschehen. Christentum und Politik, *dieses «und» ist wahrhaftig ein Schicksal.*

Selbstverständlich also, daß das Christentum damit in keine politische, kulturelle, weltgeschichtliche oder nur geistesgeschichtliche Situation aufgeht. Die Religion reicht weiter; und sie löste sich niemals in Teile auf. Alle Wege Europas als lebendiger Geisteseinheit kommen vom Kreuz her. Dieses mahnt sämtlicher Glieder an ihre gemeinsame Herkunft und Bestimmung. Es ist die Kirche, die uns all die öffentlichen Satzungen, Erkenntnisleistungen und Gesittungserrungenschaften des Altertums überliefert, ja neu erworben hat — selbst ein so liberaler Zeuge wie der Philosophie-Historiker *Windelband* schreibt:

> «Die Errungenschaften des griechischen Geistes wären rettungslos dem Untergange preisgegeben gewesen, wenn nicht mitten in dem Zusammenbruch der alten Welt eine neue geistige Macht erstarkt wäre, der die Söhne des Nordens sich beugten und die mit fester Hand die Güter der Kultur über die Jahrhunderte des Umsturzes in die Zukunft hinüberzuretten wußte. Diese Macht war die christliche Kirche».

Erst das Christentum hat der «humanitas» Ciceros abendländische, ökumenische Prägung verliehen. Kein Verhältnis des Menschen zu sich selbst und zu den anderen, das die christliche Verinnerlichung und Weitung der menschlichen Dinge verleugnen könnte!

Nur der Glaube einigt alle Sparten der Kultur, ohne der Sachlichkeit Gewalt anzutun. Er widersagt allen Partikularinteressen, die sich zum Selbstzweck machen oder die Gesamtherrschaft an sich

reißen möchten. Er führt alle Schichten und alle Erkenntnisstufen zusammen ohne auflösende Vermischung. Er weist nach Völkerfrieden. Und er pflanzt die Menschheit in den leibhaftigen Menschen. Er birgt Raum und Ansporn für jederlei eigengesetzliches Denken, Fühlen und Handeln; erst er aber macht den Menschen *ganz*. Er behütet den Geist davor, sich in bloße Ideen zu verrennen, zu verkapseln, er bewahrt vor der schroffen Spaltung von Theorie und Praxis, schon dadurch wird er auch zum politischen Faktor. Nur der Glaube bewältigt das *Realisationsproblem,* an dem alle politischen Ideologien scheitern, die rechnerischen ebenso wie die schwärmerischen. Politische Aktionen müssen bedacht und geplant werden, sonst verfallen sie von vornherein untermenschlichen Mächten. Doch noch die genauesten nationalökonomischen Theorien verkünden sich allzu leicht mit den tierischen Trieben. Solche Schäden schreien nach gläubiger Politik. Lehren bewegen nicht, Predigten bessern nicht. Auch Beispiele, Vorbilder müssen erst glaub-würdig werden. Die Botschaften der Humanität sind für sich zu schwach, meistens zu kontemplativ, die politischen Suggestionen verwandeln den Menschen zu wenig. Und es gibt keine Machteinrichtungen der reinen Moral. So sagt *Herder* mit Recht: «Die Religion ist die höchste Humanität, das Christentum gebietet die reinste Humanität auf dem reinsten Wege». Christliche Politik ist Realisation der Humanität, der Menschenrechte und der Menschenwürde, ist also reelle Demokratie! Die heutige und künftige Demokratie hat keinen stärkeren, zuverlässigeren Bundesgenossen als unseren Christenglauben.

Die christliche Politik ist geduldige Arbeit am Menschen, Mann für Mann, Stunde um Stunde. Sie übergreift die Klassen und die Völker. Sie stellt den Einzelnen vor Gott. Sie schafft urmenschliche Gemeinschaft, die wir *Solidarismus* nennen, im Zeichen der wesenhaften, nicht nur wirtschaftlichen Bestimmung des Geistgeschöpfes. Sie ehrt die reellste Beschaffenheit, die reellste Hervorbringung. Sie kämpft für die Arbeit und deren bestmöglichen Lohn, sie wägt allein die gediegene Leistung, sie setzt die redliche Sachlichkeit über alle Prinzipienreiterei. Es ist die Art, wie Maria Theresia ihre Völker zusammengehalten, wie *Karl Lueger* seine Stadt Wien betreut hat. Auch unsere Regierung kennt nur ein sachliches Ziel: jeden Österreicher aus dieser Krise der Krisen in die hellere Zukunft führen! Am wenigsten die *Volkspartei* kann hinter extremen Grundsätzen Deckung nehmen, kann ihre Wähler auf ein Paradies vertrösten, das immer wieder ein paar Menschenalter Verspätung hat. Christlich ist nicht die sogenannte «Realpolitik» des Blutes und Eisens, sondern nur die wahrhaft reelle Politik des Geistes und des Wohlstandes.

Dieselbe Politik heißt uns das *Eigentum* schützen: als Menschenrecht des Arbeiters und Domäne seiner Persönlichkeit; als Grund-

lage der Familie, ohne die keine Gesellschaft gedeiht; und als Arbeitsmittel, als Arbeitsstätte, als Entfaltung menschlichen Geistes in der außermenschlichen Wirklichkeit. Ebendarum aber unterstützen wir auch jeden Kampf gegen die Fehlverteilung von Geld und Gut, gegen die vielberufene «Konzentration» des Besitzes, die wir jedoch im Gegensatz zu *Marx* nicht für ein Naturgesetz halten. Nur innerhalb der Ordnung kann der volle Persönlichkeitswert und die menschliche Freiheit geachtet werden. Die Freiheit auch des Aufstiegs! Auch die Armut kann erträglich bleiben, solange sie Aufstiegsmöglichkeiten offen hält, nicht ausweglos genormt erscheint wie lebenslänglicher Kerker. Die Freiheit eines Christenmenschen, die freie Bewährung und Entfaltung der angeborenen Eigenkräfte darf durch keine Ideologie getrübt oder gemindert werden. Möglichst reiche und wertvolle Kräfte möglichst unternehmend am Werk, zugleich solidarisch im Dienst aneinander und am Gesamtkörper, alle Mechanik und Quantität dem lebendigen Kreislauf dieses Ganzen einverleibt: das ist eines der überzeitlichen Axiome, die das Christentum der Politik auferlegt.

Der demokratischen Innenpolitik entspricht da eine ebenso freiheitliche und menschheitliche *Außenpolitik*. Innen- und Außenpolitik, diese seit Jahrzehnten so unheilvoll entzweiten Gebiete, knüpft keine Macht inniger und beständiger zusammen als das Christentum. Auch darin liegt eine eminent politische Funktion: fruchtbare Politik ist überall Zusammenstimmung nationaler und internationaler Politik; wo eine Hälfte zurückbleibt, da wird das Ganze zuschanden. Das Christentum war von jeher eine Religion der friedlichen Völkerordnung, die Kirche von je nicht so domina als magna mater et magistra gentium. Nie hat sich das Völkerrecht restlos auf materielle Erzwingbarkeit gründen lassen; immerzu mußte und muß der Glaube an Ein ökumenisches Gesetz, der Glaube, daß es Ein Gesetz mit Pflichten und Rechten für alle gebe, die Glieder zur Verständigung und nötigenfalls vereinten Exekutive bereit halten. Auch außerhalb der staatlichen und rechtlichen Satzungen wirkt so das Christentum an einem Vertragswerk, das man nicht nur nach dem beurteilen darf, was es erreicht oder nicht erreicht hat, sondern auch nach dem, was es verhütet hat und was es weitergibt. Es bleibt die hohe, bislang wohl die höchste Schule auch der weltlichen Weltpolitik: das bezeugen die überragenden Herrschergestalten des Mittelalters, das verbürgt die lange Reihe der aus geistlichem Stand hervorgegangenen christlichen Staatsmänner von *Richelieu* und *Mazarin* bis zu unserem *Ignaz Seipel*. Unablässig spornt das Christentum uns an, immer mehr Menschenrecht, Natur- und Geistesrecht, immer mehr weltpolitische Atmosphäre in konstruktive Politik umzusetzen. Sämtliche Völker heißt es ihre Beziehung nach der letzten,

gemeinsamsten Menschenbestimmung ausrichten, die in allen irdischen Interessen zur Frage steht und doch über alle hinausreicht.

Solche Innen- und Außenpolitik hängt an keinem bestimmten christlichen *Staat*. Eine patentfähige und fertig zu kaufende civitas solis gibt es überhaupt nicht. (So gewiß es Systeme gibt, die unter allen Umständen von Übel sind.) Innerhalb des zu ziehenden Rahmens aber gibt es nur den Staat der christlichen Menschen. Den Staat, der die guten Christen ihr Christentum immer besser machen und anderen zunutze machen läßt; und der sich selbst tatkräftig auf die christliche Lebensordnung abstellt, die seine Besten verkörpern. Die Politik muß Menschen bilden, alle Satzungen des Staates müssen auch erziehen, vorbeugen, das Wertvolle herausholen. So fordern es ebenso *Platon* wie *Thomas Morus*. Die Staatsfeindschaft des Urchristentums ist seit dem hohen Mittelalter einer immer weiteren Verantwortung für die öffentlichen Dinge gewichen. Und seither — die ewigen Wahrheiten offenbaren sich verschiedenen Zeiten verschieden, zumindest von verschiedenen Seiten — seither hat auch der mittelalterliche Anspruch auf Vorherrschaft der geistlichen über die weltlichen Mächte komplexeren Wechselwirkungen nachgegeben. Wir scheiden Staat und Kirche, wir achten die autonomen, nicht autarken Notwendigkeiten der Politik. In*so*fern stimmen wir noch mit *Thomas von Aquin* überein, der die Gesellschaft und staatliche Öffentlichkeit auf der lex naturalis, dem natürlich-sachlichen Gesetz, beruhen läßt; der freilich dem Gemeinwesen zugleich die Aufgabe setzt, als praeambula gratiae, als Vorspiel der himmlischen Gnade, auf die Gemeinschaft in Gott vorzubereiten. Und mindestens in*so*fern halten wir es mit dem Gottesstaat Augustins (die Abwertungen des irdischen Staates in der «Civitas dei» stehen hier nicht in Rede): daß ein durchaus auf Macht und Herrschaft gestelltes Staatswesen die Geschäfte des Teufels führt. Indem wir staatliche und kirchliche Anliegen unterscheiden, bereiten wir einer innigeren Verbindung von Politik und Christentum die Wege.

Allem absolutistischen und diktatorischen Prinzip widerstreiten wir, aus Christentum und aus Demokratie, von Grund auf. Wir widerstreiten den Größenwahn des Staates, dessen angepaßte Omnipotenz immer wieder in Impotenz umschlägt. Wohin die Diktatur führt, sahen wir so gründlich, daß wir manchmal fast nichts anderes sehen: eine Maschine ohne Sicherung und Bremse, die, immer toller und verbrecherischer angekurbelt, mit Kind und Kegel in den Abgrund rast, längst im Namen aller auf einem Kurs, den nahezu keiner gewollt hat und billigt — Mord am Feind und Betrug am ursprünglichen Freund, so zwar, daß noch mit dem Holz des guten Glaubens die Verbrennungsöfen der Bestialität geheizt werden —; alles in allem die Umwertung unabschätzbarer Einzeltüchtigkeit, auch Einzel-

moral und -intelligenz, in einen Bankrott ohnegleichen. Vorarbeit aber oder gar ein ähnliches betreibt jede sinnwidrige Überfolgerung staatlicher Zwänge in der Richtung der Macht und der Selbstherrlichkeit.

Da ist die Überorganisation, die der Arbeit Unsummen entzieht, um sie der manchmal reichlich arbeits- und verantwortungsscheuen Verwaltung zuzuführen, wie der Kapitalismus ein immer kostspieligeres Netz der Verteilung und des Zwischenhandels ausbreitet — und gerade dieses Netz hat der Marxismus am wenigsten zerrissen. *Marx* macht den *Produzenten* zum Sündenbock des Weltalls! Indes der unfruchtbarste Mehrwert, der unersättlichste Mehr-preis kommt von den Agenten und Kommissionären, den *überzähligen — Händlern* her, die den Arbeiter und Unternehmer ebenso wie den Verbraucher prellen. Hinzu aber tritt viel sterile *Sozialisierungsbürokratie,* zumeist nicht weniger unrentabel als die repräsentativen Prachtbauten der Diktatoren; sie zerrüttet nicht nur die Prosperität, sondern auch die Elastizität der Wirtschaft. Neben die kapitalistischen Konjunkturen, die die redlichste Arbeit entwerten und das beste Können lähmen, stellen sich da die politischen Konjunkturen, die den Fachmann dem Dilettanten hintansetzen, die der Fähigkeit ihren Bewährungsplatz und der Arbeit den Lohn vorenthalten. Auch dieser Zustand ist heute jedem allzu bekannt. Ebenso wie die Machtpolitik und Vertrustung der Plutokratie bekämpfen wir darum die unproduktiven Gängeleien der Produktion, die Reglementierungen, die über die klaren Notwendigkeiten der gebundenen Wirtschaft hinausgehen oder die gar programm-fanatisch über alle natürlichen und vernünftigen Stränge hauen. *Unsere* Sozialisierung will die passiven Nutznießer und Ausbeuter treffen, nicht aber qualifizierte Hervorbringer an syndikalisierte Zufallsteilhaber ausliefern. Jeder soll arbeiten können und arbeiten müssen. Indes: auch Aufbau und Aufstieg müssen jedem weitestens offen bleiben — sonst werden unsere österreichischen Verhältnisse zum erstickenden Käfig. Österreich ist nicht nur ein Land der Qualität und der Leistung, die für sich selbst spricht, es kann sich auch nur durch die reichste, reichstgestufte Teilnahme an der Weltwirtschaft, am internationalen Geistesleben in seinem Wesen erhalten.

Überall beruht christliche Politik nicht in Grundsätzen, die man zuschanden reitet, sie überläßt sich keinem Radikalismus des selbstbefangenen Geistes, der den Mitmenschen und die Außenwelt, ja noch die dichteste Wirklichkeit zum Material oft so hemmungsloser Verranntheit macht. Christliche Politik fußt im lebendigen Du und Wir, im Dienst an einer Welt, die ihre Gesetze nicht von uns, sondern von Gott hat. Auch die Politik dient dem mehr als menschlichen Schöpfungszusammenhang. Unser Christentum gebietet ein Mindest-

maß an politischer Ideologie und ein Höchstmaß an politischer Realisation, an ebenso demokratischer wie produktiver Ordnung der öffentlichen Dinge. Wir halten jedem Klassenkampf die durchgehende Einheit der Berufsstände entgegen, auch hier aber hüten wir uns vor geometrischen Grenzziehungen und Schwerfälligkeiten. Wir huldigen keinem Universalismus mehr, der Politik und Wirtschaft von oben treiben möchte. Christliche Politik wird von oben *und* unten gemacht, gläubig und eben darum gewissenhaft-sachkundig bis ins Kleine und Kleinste. Auch die politischen Erörterungen wollen wir immer zielender auf *sachliche* Entscheidungen und Bewährungen richten, abseits von giftigem Personaltratsch und von leerem Begriffsgezänk. Das unsachliche Palaver mündet allemal irgendwo in die nackte Gewalt — nach einem Wort des politischen Sehers *Donose Cortés* (der ein Menschenalter vor Nietzsche, drei Menschenalter vor seinem Landsmann Ortega y Gasset den Aufstand der Massen, das Kommen der Diktaturen voraussagt): «Hinter den Sophisten kommen immer die Barbaren, von Gott gesandt, um mit ihrem Schwerte den Faden der Beweisführung abzuschneiden».

An Ismen ist die Welt übervoll, die Hausse auf dieser Börse besagt die Flaute aller wirklichen Hervorbringung. Das Vertrauen auf einseitige Extreme ist ein Krankheitszeichen des sozialen Organismus — solange dieser gesund bleibt, wird nicht darüber gestritten, ob er alles brühheiß oder alles eiskalt essen wolle. Eine Entwicklung, die aus einem Extrem in das andere fällt, nach rechts und links, ja ein Extrem durch das andere überbietet, ist ebenso falsch wie ein Gewährenlassen in jeder Richtung. Darum verhält sich unsere christliche Politik ebensowenig liberalistisch wie extremistisch. Sie setzt sich reell, in ihrer Sachlichkeit radikal, für das Bestmögliche ein. Ihr Glaube und Gewissen aber umspannt das Ganze — und langt noch darüber hinaus. Das Wohl der Gesamtheit wird erst durch eine höhere, über Lage und Gelegenheit hinausreichende Ordnung, Sittlichkeit, Verantwortung umfaßt und gewahrt. Erst die Transzendenz des Christenglaubens ermöglicht die wahre Totalität.

Die Solidarität solchen Glaubens und Schaffens geht nicht nach kurzfristigem Erfolg. Umso unbeirrbarer folgt sie der Sache aller Politik: sie fragt bei jeder Handlung und Verfügung nach dem Segen für die gesamte Gemeinschaft, für die Nachbarn und für die Zukunft. Das aber stellt auch *jeden Einzelnen* auf tägliche Proben. Vergessen wir nicht: das Christentum ist in eine neue Phase getreten. In unserer Zeit ist es unmöglich, den Glauben nur äußerlich zu bekennen; die Gläubigen müssen vielmehr Ernst machen mit der Verwirklichung des Christentums in *ihrem* Leben und sie werden ihren Glauben durch den Einsatz ihrer ganzen menschlichen Persönlichkeit verteidigen müssen: verteidigen durch ihre Treue zu Christus

und den Geboten, durch die Behauptung ihrer *Liebe* gegen den Haß und die Ichsucht der Welt. Dieses aktive Christentum ist heute aufgerufen. In der Politik werden Körnchen der Fahrlässigkeit flugs zu Lawinen der Gemeinheit. Auch kleine Bosheit, Mißgunst, Schadenfreude wirken im Großen tödlich. Der Egoismus der Machtgier potenziert sich durch den der Trägheit und Feigheit. Wer nun gar in Christi Namen ein Schurke ist, der besudelt die Politik *und* den Glauben; der beraubt nicht allein seine Partei der Vertrauens- und Glaubwürdigkeit, sondern vor allem seine Religion der Wirksamkeit — wie beispielsweise ein Gelehrter, der als persönlicher Schuft handelt, zwar nicht immer das äußere Ansehen (man sieht's ja nicht immer), doch allemal die innerste Zeugekraft der Wissenschaft verludert. Heute freilich ist die Echtheit, die Würde, die Wesensordnung aller Dinge von Grund auf erschüttert; doppelt notwendig daher, sie Schritt für Schritt zu erneuern. Auch der kleinste reelle Schritt bahnt da die größte Straße des Heils.

Noch rieseln wir alle von den Wassern der Sintflut, schon wieder brüten Viele neue Katastrophen und noch immer Allzuviele unfruchtbare Rache. Noch ist die Lava nicht fest, da wimmelt die erste Kruste schon wieder von Schiebern, Wechslern und Roßtäuschern. Jedes Schlachtfeld eben lockt die Geier und die Hyänen. Doch auch Saat des Guten ist vorhanden.

Unser näheres Ziel heißt: *Österreich.* Das Fernziel unserer christlichen Politik ist ein Zeitalter des Friedens, des Schaffens und des verbrüdernden Glaubens, der jeden Anständigen an die größte Gemeinschaft knüpft. Wir haben die Wahrheit gewiß nicht in Sold, wir suchen sie aber für alle und möchten sie *mit* allen suchen. Immer wieder laden wir *alle* Parteien zu diesem vereinten Beginnen. Wir wenden uns an jeden einzelnen Landsmann — und wir wenden uns an alle Völker, in deren Verein wir Österreich als würdiges Mitglied sehen wollen. Noch wächst um uns das Leid, das nach stündlicher Hilfe im Nächsten ruft: Rühren wir alle Hände, das Haus des Nachbars brennt, kein Christ, der da bloß beten dürfte! Vor uns liegen zahllose sachliche Aufgaben, zugleich Förderung der weitesten Menschheitsordnung und der letzten Menschenbestimmung. Ans Werk also mit Christentum *und* Politik!